

**Titel** Weg mit der neuen Gebührenordnung der Bundespolizei –  
Bürger\*innenrechte sind Freiheitsrechte!

**AntragstellerInnen** Berlin

**Zur Weiterleitung an**

angenommen  mit Änderungen angenommen  abgelehnt

---

## Weg mit der neuen Gebührenordnung der Bundespolizei – Bürger\*innenrechte sind Freiheitsrechte!

- 1 Das Bundesinnenministerium unter Horst Seehofer hat eine Gebührenordnung für die Bundespolizei<sup>1</sup> eingeführt,  
2 die Oktober 2019 in Kraft getreten ist. Darin werden beispielsweise Platzverweise und Identitätsfeststellungen mit  
3 Gebühren belegt. Dies geschah nahezu unbemerkt von Öffentlichkeit und Medien.
- 4 Eine erstmalige Platzverweisung kostet nun 88,85 Euro, eine Identitätsfeststellung 53,75 Euro, Anordnung des Ge-  
5 wahrensams 74,15 €, erkennungsdienstliche Behandlung 59,50 Euro, Vollzug des Gewahrensams pro angefangener Vier-  
6 telstunde 6,51 Euro. Für einen gewöhnlichen Polizeieinsatz können hohe dreistellige Summen anfallen.
- 7 Die Gebühren werden ohne richterlichen Beschluss festgelegt. Es besteht die Gefahr, dass auch Demonstrant\*innen,  
8 denen Platzverweise erteilt werden, von nun an de facto mit empfindlichen Strafen belegt werden. Eine Ausübung  
9 des Demonstrations- und Versammlungsrechts oder ziviler Ungehorsam könnten so unter Umständen existenzge-  
10 fährdend werden. Die Gebühren werden auf Leistungen erhoben, welche von Steuerzahler\*innen sowieso schon  
11 finanziert werden. Dass jetzt Gebühren für ureigene Tätigkeitsbereiche der Bundespolizei erhoben werden lässt ver-  
12 muten, dass es weniger um die Aufbesserung der Staatskasse, als um Repressionen geht. Schon jetzt zahlt der Staat  
13 sehr viel mehr Geld für Zwangsunterbringungen in Gefängnissen derjenigen, die nicht zahlen können, als von den  
14 Inhaftierten hätte gezahlt werden müssen. Es sitzen beispielsweise viele Schwarzfahrer\*innen ein, die nicht nur die  
15 verhängten Strafgebühren, sondern auch die wegen Nichtzahlung zwangsweise eingeschalteten Anwalt\*innen und Ge-  
16 richte nicht zahlen können. Der Vollzug der sogenannten Ersatzfreiheitsstrafen kostet Steuerzahler\*innen jeden Tag  
17 tausende Euro: **Wir bekräftigen unseren bereits bestehenden Beschluss, die Ersatzfreiheitsstrafen abzuschaf-**  
18 **fen!**
- 19 Die Folgen der neuen Gebührenordnung für bürgerliche Rechte und Freiheiten sind gravierend. Auf Demonstratio-  
20 nen werden häufig leichtfertig Platzverweise erteilt, welche nun ohne richterliche Beschlüsse mit Gebühren belegt  
21 sind. Tatsächlich richterliche verhängte Strafen kommen dazu noch oben drauf. Insbesondere junge und weniger  
22 vermögende Menschen, für die hohe zusätzliche Ausgaben existenzgefährdend sein können, werden so von der  
23 Wahrnehmung ihrer bürgerlichen Rechte abgeschreckt. Menschen, die durch Racial Profiling häufiger von staatli-  
24 chen Repressionen und Polizeikontrollen betroffen sind, müssen nun fürchten, dass sie besonders häufig zur Kasse  
25 gebeten werden. Das ist nicht hinnehmbar!
- 26 • **Wir fordern die neu eingeführte Gebührenordnung der Bundespolizei abzuschaffen und polizeiliche**  
27 **Arbeit wieder in Gänze über Steuermittel zu finanzieren.**
- 28 • **Wir lehnen jegliche Bestrebungen ab, welche eine Änderung der Gebührenordnung der Polizei auf**  
29 **Landes- und Kommunalebene – analog zur aktuellen Gebührenordnung der Bundespolizei- an Betrof-**  
30 **fene umlegen wollen.**
- 31 • **Wir fordern ebenso, dass bereits in Rechnung gestellte Gebühren der Bundespolizei den Betroffenen**  
32 **vollständig zurückerstattet werden.**

